Begriff und Wert der Rehabilitation.¹⁾

Vortrag, gehalten auf der Hauptversammlung der Zentralstelle für das Gefangenensfürsorgewesen der Provinz Brandenburg und des Provinzialverbandes der Brandenburgischen Fürsorgevereine für entlassene Strafgefangene, am 18. Okt. 1906,
von Dr. jur. Ernst Delaquis, Berlin.

Meine Damen und Herren!

Wenn ich auch mit herzlichster Freude das Ersuchen angenommen habe, Ihrer heutigen Versammlung ein Referat über „die Rehabilitation Verurteilter“ zu erstatten, so war mir doch gleich von Anfang an klar, daß ich kaum in der Lage sein würde, Ihnen etwas vollkommen Abgeschlossenes, Abgerundetes, Fertiges zu bieten. Es gibt wenige Gebiete, denen eine solche Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Ausbildung eigentümlich ist, wie sie gerade das zu erörternde aufweist. Und erleichtert die Rechtsvergleichung einerseits den Einblick in die allgemeine Entwicklungstendenz der Gesetzgebung, so mahnt sie andererseits deutlich genug zu Vorsicht, warnt vor Übereilung. Auch läßt sie stets die Aufgabe offen, die Ausbildung des einzelnen Institutes dem besonderen Rechtszustande des einzelnen Landes anzupassen.

Erwarten Sie also noch nicht genau formulierte Gesetzesvorschläge, die nur dann berechtigt wären, wenn über alle Details der zu fordernden Ausbildung der Rehabilitation volle Klarheit herrschte, während sie andernfalls lediglich das Produkt naiver Selbstüberschätzung bleiben.

Meine Aufgabe sehe ich darin, einer breiteren Diskussion die Grundlage zu schaffen. Dieser Aufgabe unterziehe ich mich mit

¹⁾ In der Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform III, Heft 7, S. 487 ff. veröffentlicht Oberstaatsanwalt Dr. Hoegel (Wien) eine „Antwort“ auf meine „Entgegnung“ in Heft 5/6, S. 357 ff. (III) der gleichen Zeitschrift. Meine bisher geäußerten Ansichten zu ändern, bin ich trotzdem nicht in der Lage. Längere Polemiken halte ich für unfruchtbar. Bei Zusammenfassung meiner Studien über die Rehabilitation Verurteilter werde ich nicht versäumen, auf Hoegels „Antwort“ zurückzukommen, soweit seine Ausführungen nicht schon durch obigen Vortrag Zurückweisung erfahren.

Freuden, fasse ich doch die Rehabilitation auf als die Krönung eines modernen Strafsystems, als eines der wertvollsten Mittel wirksamster Kriminalpolitik und hege ich doch die Hoffnung, daß auch diese hochgeschätzte Versammlung diese Ansicht teilen wird.

I. Die Forderung nach Einführung der Rehabilitation ist wohl das jüngste der Postulate, die im Zusammenhang mit der Reform des deutschen StGB. laut geworden sind. Und doch enthält es, wie so viele der modernen Wünsche, keineswegs etwas Neues. — Im Auslande fast allgemein aufgenommen, in Frankreich z. B. seit mehr als 100 Jahren in modernem Sinne ausgebildet, war die Rehabilitation auch Bestandteil unserer früheren deutschen Partikulargesetzgebung. Nicht allein in der Form gnadenweiser Wiederbefähigung, vielmehr auch als gerichtliche Rehabilitation.²⁾ Die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts war ihr aber in Deutschland nicht günstig gesinnt. Sowohl in der Gesetzgebung wie in der Literatur gerät sie allmählich in Vergessenheit. Erst das Jahr 1905 bringt sie wieder in Erinnerung. Verschiedene, ihr speziell gewidmete Publikationen im Frühjahr 1905,³⁾ die Verhandlungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung im Herbst des genannten Jahres bilden die Daten ihrer Wiederbelebung.⁴⁾

Beachten wir heute die Zeitungen, so werden wir immer wieder auf Artikel stoßen, die, meist im Anschluß an Gerichtsverhandlungen, eine Beschränkung des richterlichen Fragerechts nach Vorstrafen, eine Verjährung der Vorstrafenervählung im Register, eine Rehabilitation verlangen. Eine Rehabilitation! Der Begriff scheint so klar und ist doch so vieldeutig! Mit wie vielfachem Inhalt verbindet sich das Wort! — Ist Dreyfus rehabilitiert worden? Ja und nein. Im Sinne des gewöhnlichen Sprachgebrauchs: ja; im juristisch-technischen Sinne: nein. — Ist der Verurteilte, der nach 5 Jahren die ihm für diesen Zeitraum aberkannten Ehrenrechte wiedererlangt, rehabilitiert? Ich gebe die gleiche Antwort. — Und ebendieselbe muß auf die Frage erteilt werden, ob in der Wiedererlangung der Ehrenrechte auf dem Gnadenwege Rehabilitation gesehen werden darf.

²⁾ Vgl. Delaquis, Die Rehabilitation Verurteilter (1906), S. 29 ff.

³⁾ Schiller, Die Rehabilitation Verurteilter im schweizerischen Recht; Delaquis-Polec, Materialien zur Lehre von der Rehabilitation (1905).

⁴⁾ Vgl. JRB. Bd. XIII, S. 548 ff.

Gnade und gnadenweise Rehabilitation sind Gebilde, die einen so allmählichen Übergang aufweisen, daß eine scharfe Grenze zu ziehen unmöglich ist. Dem letzteren Begriffe allein dürfte jedoch die Bindung der Wiedereinsetzung an Konstatierung der Besserung eigentümlich sein. Aber auch er gehört — streng genommen — nicht in den Rehabilitationsbegriff i. e. S.

Die Grundidee der Rehabilitation liegt in der „Wiederbefähigung“ eines Verurteilten nach bewiesener Besserung. Nicht aber ist der Rehabilitationsbeschluß als konstitutiv anzusehen; er wirkt nur deklaratorisch. Die *praesumptio boni viri*, die für jeden Unbestraften Geltung besitzt, ist einer *praesumptio malae famae* gewichen, die durch die Makellosigkeit der ganzen Lebensführung — nicht allein durch eine Lebensweise, die nicht gegen die Schranken des Rechts verstößt — wieder behoben wird. Der Verurteilte hat sich also selbst rehabilitiert und dieser Zustand ist nur noch staatlich zu konstatieren. Wer ist hierzu berufen? Nicht der Inhaber der Gnadengewalt, denn nicht eine Gnade erbittet der Selbstrehabilitierte, er verlangt vielmehr sein Recht. Er hat ein Recht, die Wiedereinsetzung zu fordern. — Also das Gericht. — In der gerichtlichen Rehabilitation nach festgestellter innerer Besserung sehe ich die entwickeltste Form der Wiederbefähigung. Nach innerer Besserung, denn nicht kann es theoretisch genügen, wenn keine neue strafbare Handlung während der Bewährungsfrist begangen worden ist. Die Besserung im Sinne vieler Rehabilitationsgesetze geht weiter. Sie verlangt eine Prüfung der ganzen Lebensweise. Nicht der moralische, aber auch nicht der Mensch allein als Rechtsgenosse kommt in Betracht, sondern der Mensch als Mitglied der Gesellschaft, der erweisen muß, daß er sich nicht dieser gegenüber schädlich betragen hat. In der nach reinrechtlicher Besserung eintretenden gerichtlichen Rehabilitation liegt eine, praktisch allerdings begründete⁵⁾, Entartung des Institutes. Die Rehabilitation durch bloßen Zeitablauf aber bildet die Verbindung zweier Entwicklungsreihen: der Rehabilitation und der Verjährung.

Damit haben wir die wesentlichen Voraussetzungen der Rehabilitation schon berührt. Als solche figurieren: die Erstehung der Strafe⁶⁾ und die Besserung. Wie in der ganzen Ausbildung des

⁵⁾ Vgl. unten S. 394.

⁶⁾ Vgl. ZRB. XIII, S. 554 ff.

Institutes, so zeigt sich auch hier wieder eine außerordentliche Mannigfaltigkeit. Die verschiedene Fassung des Postulates der Besserung wurde hervorgehoben; hinweisen könnte man außerdem auf die Bestimmung der Dauer der Probefrist. Die Voraussetzung von weittragendster Bedeutung ist jedoch die Verurteilung, insofern manche Gesetze nur gegenüber kriminellen, andere auch gegenüber korrekionellen, manche nur gegenüber Nichtrückfälligen usw. die Rehabilitation zulassen, was sich wieder zum Teil in der Wirkung widerspiegelt, die einmal nur Ehrenfolgen, dann aber auch die Verurteilung selbst aufhebt.

Halten wir uns hier jedoch nicht zu lange auf. Stellen wir vielmehr fest: Der Rehabilitationsbegriff im sprachgebräuchlichen Sinne ist ein vieldeutiger; juristisch-technisch aber ist er aufzufassen als: „Aufhebung der Ehrenminderungen oder der Verurteilung selbst (durch gerichtliche Entscheidung)¹⁾ nach erstandener Strafe unter der Bedingung (positiver Feststellung des²⁾ seit der Entlassung durchgeführten Wohlverhaltens.“ — Die einstige Verurteilung wird durch die Besserung aufgehoben; sie erlischt für die Öffentlichkeit voll und ganz, sie soll in dieser in Zukunft keinerlei Wirkung haben. So wenigstens nach den fortgeschrittensten Gesetzen.

II. Das Institut der Rehabilitation entwickelt sich also auf der Basis der Gnade, mit der besonderen Beziehung auf die Ehrenfolgen. Deren lebenslängliche Dauer wurde schon früh als zu hart empfunden und die Gnade, später die Rehabilitation auf gerichtlichem Wege sollten Abhilfe schaffen. Aber auch nach Einführung zeitiger Ehrenstrafen, auch nach Loslösung von den Ehrenstrafen überhaupt, hat die Rehabilitation ihren Wert nicht verloren. Man könnte also heute sagen, daß die Verurteilung als solche, ihre einzige bleibende Voraussetzung, auch Grund und Berechtigung ihrer Existenz enthalte.

Ihren Wert erweist aber auch die entgegengesetzte Betrachtungsweise, ausgehend von ihren Ergebnissen. Die Rehabilitation hat nach den meisten Gesetzen etwa übereinstimmende Folgen: sei es

¹⁾ Die Definition gibt mit den eingeklammerten Teilen den m. E. reinen, eigentlichen Rehabilitationsbegriff: die Reh. i. e. S. — Über den Begriff vgl. u. a. a. Schiller S. 9 ff.; Delaquis, JRB. XIII, S. 149, S. 552 ff.; Delaquis, Die Rehabilitation Beurteilter (1906) S. 11 u. S. 61 ff.; Dettler, GS. 67, S. 426, 427; Hoegel, Allg. österr. Gerichtszeitung, 57. Jahrg., S. 137 ff.; Delaquis, M SchrKrPsyCh. III, 359 ff.; Hoegel, M SchrKrPsyCh. III, S. 487 ff.

Tilgung der Ehrenfolgen, sei es Löschung der Verurteilung,⁸⁾ sei es Vermerk der Rehabilitation im Strafregister,⁹⁾ sei es Löschung der Eintragung in diesem¹⁰⁾, mit dessen Regelung sie sich vielfach innig berührt. Weiterhin könnte man auch hervorheben, daß nach Rehabilitation ein Vorwurf bezüglich der strafbaren Handlung gegenüber dem Rehabilitierten nicht mehr erhoben werden darf; man könnte eine mögliche Einwirkung auf das richterliche Fragerecht erwähnen. Ließen sich alle diese Wirkungen auch auf anderem Wege erreichen, z. B. lediglich als Folge abgebüßter Strafe, ohne das Postulat besonders konstatierter Besserung? Es dürften wenige Anhänger einer solchen Regelung zu finden sein. Des geringeren moralischen Gewichtes solcher Reintegration wird man schnell gewahr; aber auch ihre praktische Unausführbarkeit dürfte keinem Zweifel unterliegen. Meine Ansicht geht dahin, daß auch für jene Gesetzgebungen, die einzelne der obigen Wirkungen ohne Rücksicht auf Besserung eingeführt, sodann auch für jene, die das Strafregister nicht nach französischem Muster eingerichtet haben, die Rehabilitation immer von Wert sein wird. Mir erscheint sie gleichsam als der Knotenpunkt einer ganzen Reihe von Fragen. Sie ermöglicht es, diese von einem gemeinsamen Prinzip aus einer zweckgemäßen Regelung zu unterwerfen und ihnen zugleich auch eine höhere, moralische Wirkung zu verleihen.

So fasse ich meine Darlegungen dahin zusammen: Je nach dem Stande der Gesetzgebung kann der Rehabilitation eine größere oder geringere Bedeutung zukommen, nie aber wird sie als wertlos bezeichnet werden können.

Folgender Gedankengang bestärkt mich in der obigen Überzeugung. — Wir befinden uns mitten in einer Zeit, die auch auf strafrechtlichem Gebiete zu einer Umwertung aller Werte hinzielt. Der rein dogmatischen Richtung früherer Zeiten ist eine Strömung gefolgt, die nicht mehr im Strafrecht im engeren Sinne ihren Angelpunkt sieht, sondern in der Kriminalpolitik. Dieser Richtung entstammen die vielen Vorschläge, die eine Umbildung des Strafvollzuges und eine zweckgemäße Prävention der Verbrechen herbeiführen sollten. Ich erwähne nur die bedingte Verurteilung, die vorläufige Entlassung, die unbestimmten Strafurteile, den pro-

⁸⁾ Präzisiert: im Bulletin Nr. 3. In Deutschland scheidet der letztere Fall aus.

⁹⁾ Im Bulletin Nr. 2.

greifigen Strafvollzug. Aber meine Herren, führen Sie sich eine Rechtsordnung vor Augen, die all diesen Postulaten in weitestem Maße Rechnung getragen, ich bleibe bei meinem *ceterum censeo*: Die Rehabilitation ist doch nicht überflüssig. Dies so lange nicht, als der Mensch in gleicher Weise denkt und handelt, wie er es heute tut. Daß er sich aber ändere, hat wohl noch gute Weile.

Meine Herren! Man hat verschiedentlich — im Gegensatz zu unserer Auffassung — der gesetzlichen Rehabilitation tieferen Wert abgesprochen. Gerade unser letztes Argument pro wurde von anderen als *argumentum contra* benützt.¹⁰⁾ Die gesetzliche Regelung der Rehabilitation wurde verworfen. An deren Stelle trat die Rehabilitation in der öffentlichen Meinung. Von dieser erwartete man alles Heil. Und wundern Sie sich nicht: Ich stehe nicht an, zuzustimmen. Ist die Rehabilitation in der öffentlichen Meinung durchgeführt, dann brauchen wir die gesetzliche voraussichtlich nicht mehr. Wäre diese aber nicht zweckmäßig, bis die öffentliche Meinung ihren heutigen Zuschnitt geändert hätte? — Weiter stehe ich aber auch nicht an, auszusprechen, daß ich diese Änderung auf dem vorgeschlagenen Wege für unmöglich halte.¹¹⁾ Wie denkt man sich eigentlich diese Beeinflussung, diese Änderung der öffentlichen Meinung? Man wird Vorträge halten; man wird in Wort und Schrift darlegen, daß Verbrecher und Verbrecher nicht immer ein und dasselbe ist; man wird dem Publikum nachweisen, daß das soziale Milieu, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse einen mehr oder minder großen Teil der Schuld am Verbrechen tragen. Man wird darauf hindeuten, daß die Schuld der Gesellschaft die Schuld des Individuums verringert, daß dieses Individuum durch gute Führung den früheren Platz innerhalb der Gesellschaft zurückerobert könne, daß ihm in solchem Falle der Platz eingeräumt werden müsse. Man wird solche und andere Argumente mit mehr oder weniger Geschick, mit mehr oder weniger Erfolg auführen; man wird den Eindruck gewinnen, zu überzeugen; man wird sich des Erfolges freuen — bis die Probe aufs Exempel zu

¹⁰⁾ Im Gegensatz zu uns wurde angenommen, daß Aufklärung alles ändern würde.

¹¹⁾ Vgl. hierüber schon: *JRB.* XIII, S. 574 f. (van Hamel); S. 580 (Hafter); S. 584 (Delaquis). — Diese Unmöglichkeit betont übereinstimmend mit mir auch Hafter a. a. O. — Vgl. auch Delaquis, *MöchrRrPlych.* III, S. 364.

machen sein wird. Dann aber wird das ganze schöne Gebäude zusammenstürzen! So sehe ich die Dinge kommen, wenn wir uns allein auf die Rehabilitation in der öffentlichen Meinung verlassen. — Alles schön und gut, wird der heutige Durchschnittsbürger sagen; aber vorbestraft ist vorbestraft, Verbrecher ist Verbrecher. — Machen Sie ihm nun klar, daß die Rehabilitation den einstigen Verurteilten wieder auf gleiche Stufe gestellt hat, wie den Unbestraften. — Der Laie wird sich um all' dies im gegebenen Moment wenig kümmern.

So wird der Einzelne denken und wie viele werden im Konkurrenzkampf die Gelegenheit vorbeigehen lassen, dem Gegner durch den Hinweis auf eine frühere Verurteilung zu schaden, sich selbst zu nützen? Der Kampf ums Dasein bedient sich oft genug der Mittel, die eine vornehme Gesinnung verbietet.

Und nun die öffentliche Meinung? Sie ist allerdings nicht die Summe der Ansichten der Einzelnen. Was sie ist, kann außer Betracht bleiben. Zu genauerer Feststellung ist hier nicht der Ort. Glaubt man aber wirklich, daß sich mit Bezug auf den Fall des einzelnen Verurteilten eine öffentliche Meinung bilden wird, die ihn rehabilitiert? Zu bedenken ist doch, daß es sich um eine vollkommen gerechte Verurteilung handelt. — Man antworte einmal ehrlich auf die Frage: Mit wie viel Prozessen beschäftigt sich denn eigentlich die öffentliche Meinung? Mit den paar Sensationsprozessen, die durch ihre ökonomische oder die sittliche, besser die unsittliche Seite die Öffentlichkeit erregen oder in denen ein Justizirrtum gewittert wird. Und auch da wird selbst die Hauptperson meist sehr bald aus den Augen verloren. Worauf soll also die öffentliche Meinung ihr Rehabilitationsverdict stützen; wie soll sie sich überhaupt ein Urteil bilden? Sie kennt ja weder den Lebenswandel, noch die Beschäftigung des Bestraften. Und wann, wie soll dieses vermeintliche Urteil festgestellt werden? — Ich kann nur betonen, daß mir dies alles mehr als unklar erscheint.

So gelange ich zu dem Ergebnis: Will oder kann die öffentliche Meinung nicht von selbst sich ändern — und dies glaube ich annehmen zu dürfen — so müssen die Gesetzgeber die Mittel dazu anwenden. Wir müssen die Rehabilitation gesetzlich einführen. Wir müssen, offen herausgesagt, wenn nötig, die Öffentlichkeit gesetzlich täuschen. Man komme nicht an dem Ort mit sentimentalischen Anwandlungen, wo es sich um vitale Interessen einer ganzen

Menschenklasse handelt. Man stelle einfach gesetzlich denjenigen, der sich die Bewährungsfrist hindurch gut geführt hat, prinzipiell dem nicht Vorbestraften gleich. Die Tatsachen werden dann auch die Öffentlichkeit davon überzeugen, daß hinter einem einmal Gefallenen immer noch ein anständiger Kerl stecken kann, der es wert ist, daß man ihm die hilfreiche Hand reiche und ihn aufrichte, der es nicht verdient, immer tiefer in den Abgrund gestoßen zu werden, wie es heute so oft geschieht. So und nur so sehe ich die Möglichkeit gegeben, einen Umschwung in der öffentlichen Meinung hervorzurufen. Also nochmals: Man führe die Rehabilitation gesetzlich ein und wenn sich unter ihrer Geltung die Werturteile des Volkes vollkommen umgebildet, dann bin auch ich bereit, mich auf die Rehabilitation in der öffentlichen Meinung, auf dieses Ideal, zu stützen. Wird aber nicht selbst in diesem idealen Zustande die gerichtliche Rehabilitation als Konstatierung einer vorhandenen öffentlichen Meinung, als Deklaration ihres Vollwertigkeitsurteils noch Wert behalten? — Vorläufig bleibe man aber beim Greifbaren. Heute handelt es sich darum, die Interessen der Rechtspflege einerseits mit der Rücksicht auf das Fortkommen des Gebesserten anderseits in einer Weise zu vereinbaren, daß beide Teile ihr Auskommen finden. Soweit als möglich, möge man auch darnach streben, sich mit der öffentlichen Meinung, falls eine solche feststellbar, in Einklang zu halten. Man regle Voraussetzungen und Wirkung der Rehabilitation dergestalt, daß keinem Gebesserten der Weg zur Wiederbefähigung versperrt werde, dann werden auch die Einwände verstummen, die darauf hinweisen, daß wir mit Einführung der Rehabilitation zwei Klassen von Bestraften schaffen.

Soll darunter verstanden werden, daß wir unterscheiden müßten zwischen einfach Entlassenen und Rehabilitierten, so wäre darauf hinzuweisen, daß solche Klassifikationen heute schon mehrfach existieren. Gibt es nicht Begnadigte, bedingt Begnadigte, bedingt Verurteilte, vorläufig Entlassene und andere, die dies alles nicht sind? Dagegen wendet sich niemand! Diese Scheidungen haben also ihre Berechtigung? Und die oben erwähnte etwa nicht? — Nur so lange würde ich dies zugeben, als die Rehabilitationsgesetze durch Veröffentlichung des Gesuches oder des Beschlusses gerade die besseren Elemente vom Nachsuchen der Wiederbefähigung abhalten. Solche und analoge Wirkungen wären schädlich und wür-

den eine ungerechte Zweiteilung der Entlassenen hervorrufen, nicht aber eine Regelung, die jedem Gebesserten die Reintegration ermöglicht. Denn dann lasse er sich eben rehabilitieren; er hat ja nur Vorteile, keine Nachteile davon; tut er es nicht, so ist die *praesumptio*, daß er es nicht tun kann, daß er ein Entlassener minder guter Führung ist, berechtigt. Dann ist auch die Zweiteilung begründet.¹²⁾

Sollte aber hervorgehoben werden, daß durch Einführung der Rehabilitation im Publikum der Gedanke neue Nahrung finden werde, daß der Vollzug der Strafe nicht genüge, daß das Vorurteil gegen den, der gefessen hat, begründet sei, daß man also abwarten müsse, bis der Makel ihm wieder abgenommen,¹³⁾ so glaube ich nicht, daß die Rehabilitation hier irgend etwas gegenüber bisher verschlechtern wird. Sie wird eher nützen als schaden. — Das Vorurteil besteht heute und wird auch in der nächsten Zeit noch nicht ausgerottet werden; es beruht einmal auf dem, den meisten Menschen innewohnenden Pharisäertum, dann aber vor allem auf der immer wieder beobachteten und von allen Seiten betonten starken Rückfälligkeit der Verurteilten. Liegt aber nicht ein großer Fortschritt darin, daß nach Einführung der Rehabilitation dieses Vorbestraftsein eine Grenze finden wird, während es heute lebenslänglich währt? Wird sich nicht die allgemeine Meinung auch über den noch nicht rehabilitierten Entlassenen bessern, wenn man einmal zahlenmäßig festgestellt hat, in wieviel Fällen der Bestrafte doch noch sozial tauglich war? Ist also die Rehabilitation nicht gerade auch für diesen von Vorteil? Ist aber die Scheu vor dem Entlassenen nicht heute besonders darin mit begründet, daß wir wohl die Rückfälle statistisch feststellen können, aber nicht in der Lage sind, ihnen gegenüber auf die in der Rehabilitation festgestellte Besserung hinzuweisen? —

Es ist sicherlich dem ursprünglichen Gedanken des Strafvollzugs entsprechend und richtig, wenn in Hamburg betont wurde: „Wir Strafanstaltsbeamten stehen auf dem Standpunkt, wenn jemand seine Strafe abgebußt hat, ist er rehabilitiert und der Welt zurückgegeben und hat dieselben Rechte wie andere Menschen.“¹⁴⁾

¹²⁾ Eine solche Zweiteilung umgeht natürlich die *Réhabilitation de droit*.

¹³⁾ Vgl. Finkelnburg, *JRB.* XIII, S. 578/579.

¹⁴⁾ Finkelnburg, *JRB.* XIII, S. 578.

Die Tatsachen haben uns aber schon lange eines anderen belehrt. Die hervorgehobene Ansicht ist berechtigt in einer Zeit, da auf die Besserung des Sträflings entweder keinerlei Rücksicht genommen oder angenommen wird, daß der Strafvollzug den Menschen vollkommen regeneriere. Nun frage ich, wer ist heute noch überzeugt, daß die Freiheitsstrafe, insbesondere unsere kurzzeitige Freiheitsstrafe, wirklich bessere? Wenige jedenfalls. Was aber die Öffentlichkeit sieht ist Rückfall über Rückfall, immer steigende Rückfälligkeitsszahlen. Also bessert der Strafvollzug nicht? Und worauf sollte man sich stützen, wenn die Besserung während des Strafvollzuges festgestellt werden sollte? Auf die Führung in der Strafanstalt? Da sind gerade die schwersten Verbrecher oft diejenigen, die am wenigsten zu Klagen Anlaß geben. Sind sie aber gebessert?

Wenn wir eine besondere Rehabilitation verlangen, wenn sich eine solche bis heute weiter entwickeln konnte, so beruht dies zum Teil gerade auf dem Gedanken, daß die Strafzeit nicht bessert oder auch, daß wir nicht von einer Besserung sprechen können, wenn der Gefangene sich in der Zelle, unter steter Aufsicht, bei genau vorgeschriebener Lebensweise vorschriftsmäßig führt. Um von einer Besserung, von dauernder guter Führung sprechen zu können, muß der Bestrafte in der Freiheit sich tadellos führen. Nicht für die Strafanstalt, sondern für die Gesellschaft ist der Verbrecher gefährlich und nicht in der Strafanstalt allein, sondern im freien Leben soll er sich gebessert (sozial) erweisen. Begreift man nun, warum eine besondere Probefrist zu besonderer Bewährung gefordert wird? Kurz: Warum wir Rehabilitation fordern? Und man übersehe nicht: In ihr liegt ein Vorteil ebensowohl für den Entlassenen wie für die Gesamtheit.

Ich bestreite nicht, daß durch Änderung des Strafvollzuges auch eine gewisse Einwirkung auf die Ausbildung der Rehabilitation geübt werden könnte. Dabei denke ich speziell an den progressiven Strafvollzug mit der Zwischenanstalt. Wo dieser eingeführt ist, kann die Bewährungsfrist abgekürzt werden, vielleicht kann sie auch ganz weggelassen.¹⁵⁾ Die Notwendigkeit der Rehabilitation aber bliebe bestehen, bis neben und mit Änderung des Strafvollzuges, der uns vollste Gewähr für die Besserung des

¹⁵⁾ Ähnliche Folgerungen würden sich ergeben, falls die vorläufige Entlassung als letztes Stadium des Strafvollzuges allgemein eingeführt würde.

Strafgefangenen geben müßte, die öffentliche Meinung einen ganz anderen Zuschnitt bekommen. Eines der sichersten Mittel, ihr diesen anderen Zuschnitt zu geben zu versuchen, ist neben Einrichtung zweckgemäßen Strafvollzuges, gesetzliche Regelung der Rehabilitation. Und wäre nicht unter allen Umständen — ich wiederhole schon gesagtes — ein gerichtlich zu verkündendes Vollwertigkeitsurteil für den Entlassenen und die Gesamtheit wertvoll?

Den oben angezogenen Einwand glaube ich hiermit als nicht stichhaltig erwiesen zu haben.

So viel über prinzipielle Gesichtspunkte. Meine Darlegungen dürften den theoretischen Wert der Rehabilitation klar ins Licht gerückt haben, erlauben Sie mir, nunmehr deren praktischen Wert näher zu beleuchten. —

III. Meine Herren! Die Aufgabe, an Hand bestimmter Fälle das Bedürfnis nach Einführung der Rehabilitation nachzuweisen, müßte ebenso dankbar sein, wie die Betrachtung der Stellung des Sträflings zu den Rehabilitationsaussichten kriminalpolitisch und psychologisch lehrreich sein dürfte. Solche Ausführungen dürften ein wertvolles Argument für oder gegen den praktischen Wert der Rehabilitation darstellen. Sie sind aber ganz verschieden von jenen, die ich im folgenden zu machen beabsichtige und die sich darauf beschränken, Wert oder Unwert des Rehabilitationsinstitutes zahlenmäßig festzustellen. Die Untersuchung der Stellung des Sträflings zur Rehabilitation wäre um so dankenswerter, als sie die Frage näher beleuchten würde, ob wirklich „die meisten Leute den Verlust der Ehrenrechte gar nicht empfinden“.¹⁶⁾ Wie weiter in Hamburg von kompetenter Seite dargelegt wurde:¹⁷⁾ „Sie gehen aus dem Gefängnis heraus und sind froh, daß sie mit keiner Behörde noch etwas zu tun haben. Sie beabsichtigen nicht, ein Rehabilitationsverfahren zu beantragen“. Ist das wirklich richtig? Oder beruht es lediglich darauf, daß eben kein zweckgemäßes Rehabilitationsverfahren besteht?

Ist aber nicht schon von gleicher Seite hervorgehoben worden, daß ein Interesse an Wiedererlangung der Ehrenrechte z. B. bei

¹⁶⁾ Vgl. Finkelnburg, *JRB.* XIII, 578; Gafter a. a. O. S. 579; Hoegel, *Wg. österr. Gerichtszeitg.* 1906 S. 138; Hoegel, *MSchrKrsch.* III, S. 494.

¹⁷⁾ Finkelnburg, *JRB.* XIII, S. 578.

Beamten vorliegen könne? Große Bedeutung wurde auch der Frage der Tilgung des Makels der Verurteilung beigemessen. —

Erlauben Sie mir, diese Momente nunmehr an der Statistik jenes Landes ganz kurz — notgedrungen vielleicht etwas zu kurz — darzulegen, das mit Bezug auf die Rehabilitation stets vorbildlich gewesen. Ich denke an Frankreich. — Lassen Sie nicht außer Betracht, daß die Verhältnisse bei uns nicht genau so liegen, wie dort, daß speziell die Regelung des Strafregisters wesentliche Abweichungen von Frankreich aufweist. Im entscheidenden Punkte besonders in Preußen, weniger in Elsaß-Lothringen und Sachsen. Ich habe hier die Ausgabe eines Strafregister-Auszuges an Private im Auge.

Dürften also die französischen Ergebnisse für deutsche Verhältnisse nicht unmittelbar beweisend sein, so bilden sie jedenfalls ein sehr wertvolles Indiz und sind um so interessanter, als Frankreich in der Entwicklung des Rehabilitationsinstitutes alle denkbaren Formen von der *réhabilitation gracieuse* über die *réhabilitation judiciaire* hinweg bis zur *réhabilitation de droit* durchgeführt hat. —

Meine Herren! Nicht nennenswert ist die Zahl der Rehabilitationen in Frankreich eigentlich bis in die Mitte der 50er Jahre des verfloffenen Jahrhunderts. Die gnadenweise Rehabilitation bedeutet, wie wir schon betonten, kein konsequentes Erfassen der Grundidee des Institutes. Auch wird einerseits die Form des Verfahrens — es sind Zeugnisse der Gemeinderäte jener Gemeinden verlangt, in denen der Gesuchsteller gewohnt hat; das Rehabilitationsgesuch muß veröffentlicht werden — andererseits das geringe Bekanntsein der Einrichtung bei den Verurteilten die spärliche Anwendung verschuldet haben, die unter der Geltung des Code d'instruction criminelle 1808 in ursprünglicher Form, wie nach seiner Abänderung durch die Novelle von 1832 feststellbar war. Diese letztere verfügte nur eine Erweiterung der Geltung der Rehabilitationsnormen des Code auch auf Begnadigte und zu lebenslänglichen Strafen Verurteilte. — Eine wertvolle Neuerung brachte sodann das Dekret von 1848. Die Rehabilitation, die bisher nur bei kriminellen Strafen möglich war, wurde auch korrekionell Verurteilten zugänglich. Trotzdem zeigt die Statistik kein wesentlich verändertes Bild. Es ist in Anbetracht der großen Zahl korrekionell Verurteilter, welche nunmehr zur Wiedereinsetzung Zutritt

erlangen, keine nennenswerte Steigerung der Rehabilitationen ersichtlich und das gleiche Bild zeigen die ersten Jahre, nachdem das Gesetz von 1852 der provisorischen Erweiterung des Dekretes 1848 definitive Gestalt gegeben.¹⁸⁾ Liegt in dieser endgültigen Regelung sicherlich ein erfreuliches Ergebnis, liegt in dem Fallenlassen der Veröffentlichung des Gesuches ein Zeichen kriminalpolitischer Einsicht, so ist es bedauerlich, daß gegenüber dem Dekret 1848, das sich auf die Postulierung von Führungszeugnissen der Bürgermeister beschränkte, nunmehr wieder Zeugnisse der Gemeinderäte verlangt werden. Auch ist es mehr als zweifelhaft, ob ein Fortschritt darin liegt, daß jetzt die Zeugnisse über gute Führung vom Staatsanwalt, nicht mehr vom Petenten selbst zu beschaffen sind. Sieht man sich aber die Literatur durch, die immer lauter auf Reform des Gesetzes von 1852 drängte und beachtet man jene Punkte, auf die sie ihre Forderung nach einer Änderung hauptsächlich stützt, so tritt immer und immer wieder das Nachteilige der Mitwirkung des Gemeinderates mit in erster Reihe hervor. In einem anderen Punkte zeigt sich jedoch wieder ein Fortschritt, indem die durch den Code 1808 allgemein von der Rehabilitation ausgeschlossenen Rückfälligen nunmehr nur noch in den Fällen nicht zugelassen werden, in denen ein Rückfall von krimineller zu krimineller Strafe vorliegt oder einer früheren Rehabilitation neue Verurteilung gefolgt ist.

Das Gesetz 1852 ist insofern in der Entwicklung der Rehabilitation in Frankreich von entscheidender Bedeutung, als es das letzte ist, das die Wiederbefähigung der Gnade der Exekutivgewalt überläßt. Verlangte Frankreich schon 1670 in seiner berühmten Ordonnance zwecks Rehabilitation Erfüllung bestimmter Bedingungen, so lag doch bis 1885 die Entscheidung über Gewährung oder Abweisung der Wiedereinsetzung in der Hand der obersten vollziehenden Gewalt, sei es des Kaisers, Königs oder des Justizministers, nachdem die Untersuchung, ausgenommen 1848, vom Appellhof geführt worden war und dieser die Rehabilitation befürwortet hatte. Die endgültige Abweisung des Gesuches von vorne herein lag in der Hand des Gerichtes.

Betrachten wir nun, nachdem uns die Gestaltung der Gesetze

¹⁸⁾ Ein Gesetz vom 19. März 1864 läßt die Rehabilitation auch gegen Disziplinarurteile zu. Im obigen Zusammenhang interessiert das Gesetz nicht.

klar geworden,¹⁹⁾ deren zahlenmäßigen Reflex. Die Zusammenfassung etwas ungleicher Zeiträume — andere Daten waren mir nicht erhältlich — enthält ja keinen Nachteil, da die steigende Zahl deutlich genug zum Ausdruck kommt, wenn ich feststelle, daß jährlich von 1831—1840: 24; von 1841—47: 20, von 1848—1850 aber 88 Rehabilitationen gezählt wurden. Und so stellen wir weiter fest jährlich im Durchschnitt von 1851—55: 59, 1856—60: 62, 1861—65: 147, 1866—70: 326, 1871—75: 333, 1876—1880: 482, 1881—85 (August): 735.

Diese Zahlen dürften eine erfreuliche Steigerung aufweisen! Und ihr Grund?

Meine Herren! Erlauben Sie mir, hier mit den Worten der französischen Kriminalstatistik zu antworten. Sie erinnern sich, daß ich darauf hingewiesen, daß das Gesetz 1852 zunächst in der spärlichen Zahl der Rehabilitationen keine Steigerung hervorrief. Wie ist daher die plötzliche spätere Bewegung zu erklären? — In der Übersicht der französischen Justiz 1826 bis 1880 sagt uns der französische Justizminister darüber:²⁰⁾ „Il est hors de doute que, si la loi de 1852 a reçu d'aussi nombreuses applications depuis 1866 — das ist der Wendepunkt. Hier steigt die jährliche Durchschnittszahl plötzlich von 147 auf 326 — on peut attribuer, dans une certaine mesure, cet heureux résultat à une circulaire du Ministre de l'intérieur, en date du 17 mars 1865, qui, sur la demande d'un de mes prédécesseurs, prescrivit aux directeurs des établissements pénitentiaires de faire entrevoir la perspective de la réhabilitation et d'en expliquer les conditions et les avantages aux condamnés, dès leur arrivée en prison et pendant le cours de la peine.“ Sodann fährt der Minister fort: „En effet, dès 1865, le nombre des réhabilitations a doublé: de 129 en 1864 à 258 en 1865. Et, depuis, l'augmentation s'est continuée.“ Schließlich lege ich großes Gewicht auf den ministeriellen Hinweis: „Peut-être même y en aurait-il encore d'avantage si la loi, en exigeant des attestations des conseils municipaux,

¹⁹⁾ Die Entwicklung der französischen Rehabilitationsgesetze habe ich näher dargelegt in JRS. XIII, S. 149 ff. und in der kleinen Schrift „Die Rehabilitation Beurteiler“. Berlin, Guttentag, 1906, S. 12 ff.

²⁰⁾ La Justice en France de 1826 à 1880 et en Algérie de 1853 à 1880. Rapports etc. Paris, Imprimerie nationale, 1882, p. 119/120.

n'obligeait le condamné à réveiller le souvenir d'une faute après plusieurs années d'oubli. Néanmoins, les chiffres de la statistique attestent, de la part des condamnés, une tendance à la régénération morale dont il y a lieu de se féliciter."

Daß der Minister richtig vorausgesehen, beweist die Statistik nach Einführung des Gesetzes 1885.

Das Jahr 1885 gab der Rehabilitation ein ganz neues Gesicht. Zusammengefaßt läßt sich sagen: Die Rehabilitation wird ein Recht des Gebesserten; die Entscheidung liegt in Händen des Gerichts; das Verfahren ist geheim; nach Rehabilitation ist die Verurteilung als nicht geschehen zu betrachten. Dies sind die Hauptmomente. Hervorzuheben wäre noch, daß Zeugnisse nur von den Bürgermeistern auszustellen, Rückfällige nach längerer Probezeit allgemein zur Rehabilitation zugelassen sind und daß ein Gesetz 1898 bei Verjährung die Rehabilitation unter analogen Fristen, wie sie für die Rückfälligen gelten, gestattet. Erleichterung ist eingetreten bezüglich Entrichtung der Gerichtskosten. Und die Wirkung?

— Die Rehabilitationsgesuche schnellen förmlich empor:

1886: 1813;	1887: 1888;	1888: 2464;
1889: 2589;	1890: 2848;	1891: 2647;
1892: 3808;	1893: 3508;	1894: 3565;
1895: 3065;	1896: 4053;	1897: 3748;
1898: 4673;	1899: 4035.	

Gewährt wurde die Reintegration:

1886: 1432;	1887: 1518;	1888: 1974;
1889: 2106;	1890: 2431;	1891: 2144;
1892: 2980;	1893: 2888;	1894: 2848;
1895: 2504;	1896: 3430;	1897: 3124;
1898: 3770;	1899: 3286 mal.	

Ich glaube diesen Zahlen keinen Kommentar beifügen zu müssen. Sie sprechen für sich allein bereits genug und dürften auch ohne Bezugnahme auf Gesamtkriminalität und Rückfall bezeugen, daß es sich bei unseren Bestrebungen nicht um Schlagworte, sondern um reelle, vitale Interessen handelt.

Das Jahr 1899 brachte endlich Frankreich ein Gesetz über die Réhabilitation de droit. Ihr habitus charakterisiert sich in ihren Voraussetzungen: erstandene Strafe, Nichtkollision mit dem Strafgesetz während bestimmter Frist und ihrer Wirkung: Tilgung der Verurteilung durch bloßen Zeitablauf.

Meine Herren! Diese Art der Rehabilitation ist eine Entartung des ursprünglichen Gedankens, ein Zwitter gebildet aus Verjährungs- und Rehabilitationsbestandteilen und wir können ruhig behaupten, daß das Verjährungsprinzip überwiegt. Besserung der Lebensführung ist Nichtkollision mit dem Strafgesetz an und für sich nicht. Das Hauptgewicht liegt also im Ablauf, in der Macht der Zeit. Es liegt nur eine Präsumtion der Besserung und somit die Gefahr vor, daß zweifelhafte Elemente, welche Zeugnisse über gute Führung nicht bekommen oder gar nicht zu bekommen versucht haben, rehabilitiert werden. Noch viel weniger kann aber von Besserung gesprochen werden, es handelt sich nicht mehr um eine Präsumtion, sondern geradezu um eine Fiktion dieser, wenn geringere Strafen, wie z. B. Geldstrafen oder kleine Freiheitsstrafen den Eintritt der *Réhabilitation de droit* nicht hindern. Dies ist in Frankreich und Italien der Fall. Eine gewisse Sicherheit — dies muß hervorgehoben werden — bietet allerdings die stark verlängerte Probefrist. Trotzdem würde ich vorläufig vor der Einführung der *Réhabilitation de droit* in Deutschland warnen. Sie ist bei uns weniger nötig als in Frankreich, wo das *Casier judiciaire* indirekt von jedem eingesehen wurde. Die damit verbundenen traurigen Folgen für das Erwerbsleben Verurteilter kommen für uns nicht so sehr in Betracht. Allerdings bleibt der andere Hauptgrund der Einführung der *Réhabilitation de droit* in Frankreich auch bei uns voll bestehen: Die gerichtliche Rehabilitation wird nicht nur von denen nicht nachgesucht, die ihrer nicht würdig. Im Gegenteil. Vielsach werden gerade die Würdigsten vom Gesuch abgehalten, um ihre vergessene Verurteilung nicht gerade vor Richtern zu enthüllen, mit denen sie bekannt und von denen sie geschätzt sind, um sich nicht vor diesen zu schänden. —

Die Einwirkung der *Réhabilitation de droit* auf die höher stehende *Réhabilitation judiciaire* — ich fürchte damit trotz allem eine gewisse Diskreditierung des ganzen Rehabilitationsinstitutes — beweist die Zahl der auf gerichtlichem Wege nachgesuchten Wiedereinfügungen, die, 1898: 4673, 1899 noch 4035 betragend, 1900 die Höhe 2013, 1901: 1433, 1902: 1624 erreicht.

Mir scheint in der *Réhabilitation de droit* theoretisch ein Rückschritt, praktisch kein unbedingter Fortschritt zu liegen! —

IV. Meine Herren! Der praktische Wert eines Institutes hängt in erster Linie ab von der praktischen Ausbildung, die es in

der Gesetzgebung gefunden. Nichts dürfte dies deutlicher erwiesen haben, als gerade die statistischen Darlegungen, die ich Ihnen zu machen die Ehre hatte. Demgemäß würde de lege ferenda ganz besonders das Verfahren detaillierte Würdigung verlangen. Ich glaube mich jedoch Ihrer Zustimmung gewiß, wenn ich darauf nicht im allgemeinen zu sprechen komme. An diesem Orte möchte ich auf jene Fragen aus dem Verfahren näher eingehen, die für das Fürsorgewesen und den Strafvollzugsbeamten von besonderer Bedeutung sein dürften.

Ich hebe hervor, daß es für Feststellung der Besserung nicht ganz belanglos ist, wie sich der Verurteilte in der Strafanstalt geführt hat und so verlangen mehrere Gesetze diesen Nachweis durch Zeugnisse der Strafanstaltsdirektoren. Es geht aus früher gesagtem hervor, daß bei Fortdauer unseres heutigen Strafvollzuges diesem Moment geringe Bedeutung zukommt.²¹⁾ Andeuten möchte ich aber doch, daß diese Zeugnisse bei Einführung des progressiven Strafvollzuges eine ganz andere Tragweite gewinnen. Ganz bedeutende Tragweite aber bei einer Regelung, welche mir als Ideal vorschwebt: Falls die zunächst unbestimmte Bewährungsfrist erst bei Entlassung aus der Zwischenanstalt in die volle Freiheit auf Grund der dort festgestellten Führung in ihrer Dauer fixiert werden sollte.²²⁾ Natürlich könnte dies nur bei Verurteilungen zu längeren Strafen in Wirksamkeit treten.

Selbstverständlich ist es aber auch heute schon, daß der Gefangene nicht als ein Gebrochener den Strafvollzug verlassen darf. Nur ein geistig und körperlich „Gesunder“ dürfte die Kraft besitzen, die Bewährungsfrist erfolgreich zu bestehen. Auch dieses „moderne“ kriminalpolitische Institut setzt einen richtig durchgeführten, Körper und Seele nicht zerrüttenden Strafvollzug voraus. Da ja naturgemäß zunächst gelinder Bestrafte für die Rehabilitation

²¹⁾ Hierin liegt meinerseits kein Vorwurf gegen den Strafanstaltsbeamten, wie dies mißverständlich in der Diskussion angenommen wurde, sondern lediglich gegen die Form des Vollzuges, die rechtlich normiert ist. Ich übersehe hierbei nicht, daß eine Besserung der Verhältnisse auch eine Änderung des Strafgesetzes und der richterlichen Strafzumessung voraussetzt. Dies ist jedoch nicht an diesem Orte zu erörtern.

²²⁾ In dem Moment der Entlassung würde dann der Fürsorgepfleger mit seinen Beobachtungen und seinen Zeugnissen in Tätigkeit treten — s. unten. — Bgl. auch oben S. 385 und Anm. 15 dazu.

in Betracht kommen, schon im Hinblick auf die nach der Strafe abgestufte Länge der Probefrist, dürften in diesem Punkte unüberwindliche Schwierigkeiten nicht hervortreten. —

Die schwierigste Zeit für jeden Bestraften mag jene seiner Rückkehr in die Freiheit sein, da er als Geächteter sich gezwungen sieht, oft genug unter der Last besonderer Schrenkminderungen, sich den nötigen Lebensunterhalt zu verschaffen. Von schwerwiegendster Bedeutung ist aber gerade diese Zeit bei Regelung des Rehabilitationsinstitutes. Ist die Hauptstrafe erstanden, so beginnt für den Verurteilten die Probe- und Bewährungsfrist. Strauchelt er während dieser, so geht er der Möglichkeit der Rehabilitation verlustig. Ihn gleich nach der Entlassung aus der Strafanstalt dem Unbestraften fiktiv gleichzustellen, erlauben die allgemeinen Interessen der Sicherheit und der Rechtspflege nicht. Hier müssen die Fürsorgeorgane eingreifen, wie sie es ja in ähnlicher Lage schon heute tun. Welche Bereicherung empfängt ihre Tätigkeit, welche stets erneuten Ansporn ihre Bemühung durch die Aussicht, ihren Schützling „per aspera ad astra“ zu führen. Dieses Ziel möge die Bemühungen der Fürsorgevereine und des Bestraften immer wieder beleben. Der winkende Lohn und die treue Stütze werden vielen ermöglichen, das Ziel zu erreichen, die schwerste Zeit, die Prüfungsfrist erfolgreich zu überstehen. Auch dürfte eine neue Gesetzgebung zweckgemäß für Feststellung der Besserung während der Probezeit auf Zeugnisse zurückgreifen, die von dem vom Fürsorgeverein bestellten Pfleger auszustellen wären. Dieser wird mindestens ebensoviel Einsicht in die Lebensweise des Entlassenen haben können, wie die sonst postulierten Organe: Bürgermeister, Gemeinderat usw., meist mehr. In kleinen Orten käme unter Umständen der Geistliche in gleiche Linie mit ihm zu stehen. Außerdem ist der Pfleger auch in der Lage, ohne Aufsehen zu erregen, somit ohne dem Verurteilten zu schaden, seine Erkundigungen einzuziehen, während die von der Staatsanwaltschaft beauftragten Polizeiorgane zu solcher Sendung nicht geeignet erscheinen. Der letzteren Alternative wäre jene Regelung immer noch vorzuziehen, welche die Sammlung der Zeugnisse dem Petenten überläßt.

Wenn ich von Zeugnissen spreche, wenn ich deren Herbeischaffung für die Konstatierung der Besserung, also für die Rehabilitation als notwendig bezeichne, so habe ich dabei jene Form der Rehabilitation im Auge, welche dem Grundgedanken des ganzen

Institutes reinen Ausdruck leiht. Man unterschätze aber nicht die Schwierigkeiten, die richtigen Organe zwecks Feststellung der Besserung zu finden, objektiv richtige Zeugnisse herbeizuschaffen. Projektion auf der einen Seite, Klatsch und Haß auf der anderen würde leicht Tür und Tor geöffnet. Das führte viele Länder dazu, in der gesetzlichen Ausbildung der Rehabilitation sich mit Nichtkollision gegenüber dem Strafgesetz, mit einer, wie ich schon betonte, praktisch begründeten Entartung des Institutes zu begnügen. Und diese Regelung ist es, die ich in Hamburg verteidigte, die ich heute zur Diskussion stelle, die ich gerne vermeiden möchte, wenn eine einwandfreie Feststellung der Besserung durch Zeugnisse möglich wäre. Diesen Fall und diese Möglichkeit sehe ich für meine Person nur dann gegeben, wenn wir durch die weitgehende Organisation des Fürsorgewesens und die Ausbildung einer Kategorie von Probation-Officers, wie sie die Vereinigten Staaten besitzen, die zweckmäßige Lösung der Frage ermöglichen. Sonst werde ich nach wie vor mit Nachdruck für die Rehabilitation durch das Gericht nach Nichtkollision mit dem Strafgesetz eintreten, in der ich den kleineren Nachteil sehe gegenüber einer Regelung, welche die Ausgabe der Zeugnisse Leuten in die Hände gibt, die entweder nicht unparteiisch oder nicht in der Lage sind, sich ein genaues Urteil bilden zu können.²³⁾

V. Meine Herren! Ich bin am Schlusse. Ich glaube alle jene Seiten des Institutes berührt zu haben, die für diese hochansehnliche Versammlung primäres Interesse bieten, ohne immerhin dem Herrn Korreferenten vorzugreifen.²⁴⁾ Erlauben Sie mir aber kurz noch auf einen Punkt hinzuweisen, der eine der wesentlichen Ausstrahlungen unseres Institutes in strafprozessuales Gebiet bezeichnet: auf das richterliche Fragerecht nach Vorstrafen. Daß nicht jeder Zeuge fernerhin nach seinen Vorstrafen gefragt werden soll, daß diese überhaupt möglichst wenig bekannt werden sollen, scheint mehr

²³⁾ Dies auch gegen jene Ausführungen Goegels, *MSchrKrPsych.* III, S. 493, 495, in denen er meine in Hamburg getane Äußerung (*IRB.* XIII, S. 585) „Wir müssen uns mit der Nichtkollision mit dem Strafgesetz begnügen, wenn der Mann auch vielleicht nebenbei ein Schuft ist und es nur ausgezeichnet versteht, das Gesetz zu umgehen“ mit besonderem Nachdruck zurückweist. Mein Standpunkt ist im obigen klar dargelegt.

²⁴⁾ Das Korreferat des Herrn Pastor Silbenhagen wird in dieser Z. zum Abdruck gelangen.

und mehr allgemeine Ansicht zu werden. Schwierig und sehr delikat jedoch ist die Feststellung, wie mit der Frage nach Vorstrafen verfahren werden soll, denen gegenüber Rehabilitation gewährt worden ist. Es sind hierüber schon verschiedene Ansichten geäußert worden. Hauptsächlich Detkers Vorschläge möchte ich hervorheben.²⁵⁾ Für meinen Teil will ich mich aber in diesem Punkte noch nicht zu einer definitiv gefestigten Ansicht bekennen.

Erfreulich zu sehen ist es jedoch, daß schon vor Einführung der Rehabilitation verschiedene Staaten die Fragen nach Vorstrafen nach Möglichkeit zu beschränken suchen. So hörte ich von einem Erlaß des preußischen Justizministers, ohne zu wissen, ob ich richtig unterrichtet bin, da ich ihn nirgends finden konnte. So kenne ich einen Erlaß des österreichischen Justizministeriums.²⁶⁾ Endlich erstreben in Frankreich neuere legislative Propositionen,²⁷⁾ in Deutschland die Vorschläge der Strafprozeß-Kommission²⁸⁾ ein ähnliches Ziel.

Nochmals: es ist erfreulich, diese Bemühungen zum Schutze der Entlassenen zu sehen, die gleichsam der Rehabilitation vorarbeiten, ohne sie überflüssig zu machen, doppelt erfreulich, da sie auf Verständnis und Entgegenkommen bei Regelung der Wiederbefähigung selbst schließen lassen. —

VI. Einige Leitsätze, die Grundlage einer Diskussion und einer etwaigen Abstimmung sein könnten, möchte ich absichtlich möglichst allgemein fassen. Ich stelle also folgende Thesen auf:

1. Die Zentralstelle für das Gefangenen-Fürsorgewesen der Provinz Brandenburg und der Provinzialverband der Brandenburgischen Fürsorgevereine für ent-

²⁵⁾ Detker in GS. 67, S. 428 ff. Vgl. auch Delaquis, JRB. XIII, 185, 562 und meine kleine Schrift „Die Rehabilitation Verurteilter (1906) S. 51/52, S. 71; ferner JRB. XIII, S. 573 (van Hamel), S. 579/580 (Hafner), S. 581/82 (Mischrott); Hoegel, Allgem. österr. Gerichts-Zeitung 1906 S. 139; Hoegel, MSchrKrtWsch. III, 496.

²⁶⁾ Abgedruckt in: Neues Wiener Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Wiener Tageblatt) Nr. 261 vom 21. September 1905 unter Tagesbericht: Die Rehabilitation.

²⁷⁾ Vgl. Delaquis, Materialien zur Lehre von der Rehabilitation. Berlin, Guttentag, 1906. S. 27 a. A.

²⁸⁾ Protokolle Bd. I 260, II 114 (Angeklagter); I 244, II 113, I 35 (Zeuge).

lassene Strafgefangene sehen in der Wiedereinsetzung²⁹⁾ Verurteilter eine Forderung der Menschlichkeit und zweckgemäßer Kriminalpolitik; sie ist als das notwendige Ergänzungsstück unseres heutigen Strafsystems, als ein wirksames Mittel zur Verhütung des Rückfalls und zur Erzielung dauernder Besserung des Verurteilten zu betrachten. Die Zentralstelle und der Provinzialverband ersuchen die maßgebenden Stellen um Berücksichtigung der Wiedereinsetzung bei der bevorstehenden Reform des Straf- und Strafprozeßrechts.

2. Sie empfehlen die Wiedereinsetzung durch gerichtliche Entscheidung.³⁰⁾

3. Die Wiedereinsetzung ist grundsätzlich nach Erstehung der Strafe (Verbüßung, Begnadigung, Strafumwandlung, Verjährung) und guter Führung während einer Probefrist zugelassen.

4. Die Dauer der Bewährungsfrist ist gegenüber Rückfälligen immer und im Falle von Verjährung in der Regel zu verlängern.

5. Während der Bewährungsfrist ist der Aufenthalt im In- und Auslande gleichgestellt. In dieser Zeit soll der Verurteilte im Inlande der Pflege und Beaufsichtigung der Fürsorgeorgane unterstellt werden.

6. Die Wiedereinsetzung tilgt die Verurteilung und beseitigt für die Zukunft alle Rechtsentziehungen, welche die Folge dieser Verurteilung gewesen.

7. Das Wiedereinsetzungsverfahren ist geheim; Gesuch und Beschluß sind nicht zu veröffentlichen.

²⁹⁾ Einem Wunsche des Herrn Präsidenten entgegenkommend, habe ich hier allgemein den Ausdruck „Rehabilitation“ durch „Wiedereinsetzung“ verdeutlicht. Ich werde jedoch, wie bisher, so auch in der Folge von „Rehabilitation“ sprechen. Mir verbindet sich dieser Ausdruck besser mit dem technischen Inhalt. Auch glaube ich dadurch irrigen Ansichten vorzubeugen, wie sie neuerdings Hoegel, *MSchrKrPßg.* III, S. 488 zum Ausdruck bringt..

³⁰⁾ Einstimmige Annahme fanden nach der Diskussion die Leitsätze 1 und 2. Der letzte Satz der ersten These in der Fassung: „... bitten die maßgebenden Stellen um Einführung ...“ Über die übrigen wurde nicht abgestimmt, „da sie zu sehr ins Detail gingen und die Regelung dieser speziellen Punkte dem Gesetzgeber zu überlassen sei“. Ich übergehe daher auch die dazu eingebrachten Abänderungsanträge.

Meine Herren! Erlauben Sie mir noch einige skizzenhafte Erläuterungen. — Ich hebe ausdrücklich hervor, daß ich meine Stellung zu Strafregister und richterlichem Fragerecht absichtlich in den Thesen nicht näher präzisierter. Der Grund liegt einmal in dem Bestreben, die näher liegenden Voraussetzungen der Rehabilitation der Besprechung von deren Wirkungen vorwegzunehmen, dann die Thesen möglichst auf jene Punkte zu beschränken, die mein Referat auch wirklich berührt hat. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß die volle Tragweite der These 6 nur ermessen werden kann, wenn spezialisierte Leitsätze über Einrichtung des Strafregisters und Ausbildung des richterlichen Fragerechts das Bild vervollkommen, die Wirkung der Rehabilitation vervollständigen. Trotzdem ließ ich es zunächst bei obigen Sätzen bewenden, um die Dauer des Vortrages nicht zu überspannen und einer Zersplitterung der Diskussion vorzubeugen. Sollte jedoch aus der Versammlung der Wunsch nach Darlegung meiner Auffassung von der Rückwirkung der Rehabilitation auf das Strafregister geäußert werden, so bin ich in der Diskussion gerne dazu bereit.³¹⁾

Das Hauptgewicht lege ich nach wie vor auf These 1 und 2, die das Grundprinzip unserer Frage enthalten. These 3 dürfte ohne weiteres verständlich sein. These 4 ist theoretisch ganz schön, wird es jedoch in praxi möglich sein, die einzelnen Verjährungsfälle verschieden zu behandeln? These 5 ist in vielen Ländern noch nicht befolgt. Und doch dürfte es in heutiger Zeit nicht unüberwindliche Schwierigkeiten bieten, das Wohlverhalten eines Verurteilten auch im Auslande festzustellen. Über Satz 2 habe ich weiter oben schon gesprochen. These 6 empfiehlt — damit beleuchte ich die Tragweite der Leitsätze 2 und 6 näher — ungefähr das System des französischen Gesetzes vom 14. August 1885. These 7 endlich stellt eine von neueren Gesetzen allgemein befolgte Forderung auf.

Meine Aufgabe ist erledigt. Möge es mir gelungen sein, vorhandenes Interesse zu stärken, nicht vorhandenes zu wecken zum Wohle aller jener, die zu verdammen wir erst ein Recht haben, wenn wir ihnen die Möglichkeit geboten, den richtigen Weg einzuschlagen, den Weg der Besserung, der Ehre.

³¹⁾ Dies ist geschehen.